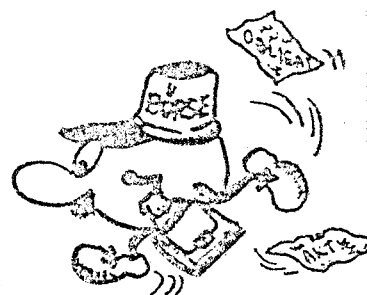


DER ROTE BÖRSENKRACH



NACHRICHTEN AUS LEHRE, INDUSTRIE UND FINANZ

Wintersemester 77/78

Nummer 7, Anfang Dez.

Und "Müllton" Friedman reitet wieder

Wem ist er nicht bekannt, dieser kleine quick-lebendige Ökonom aus Chicago mit seinen charmanten Ideen über Arbeitslosigkeit und Inflation, er, der Oberpriester der Monetaristen, einer Sekte von Ökonomen, deren Glaubensbekenntnis lautet, daß staatliche Wirtschaftspolitik überflüssig sei und sich lediglich darin erschöpfe die optimale Geldmenge der Volkswirtschaft zur Verfügung zu stellen, den Rest erledige in bewährter Weise die freie Marktwirtschaft, - dazu Joan Robinson: "in Friedmans Gedanken findet sich ein überirdisches, mystisches Element - er, Milton Friedman hat wieder zugeschlagen.

Überall in der Welt, getreu seinem wirtschaftspolitischen Credo eilt der Beschützer der verfolgten Unternehmer, einem Racheengel gleich, bewaffnet mit dem flammenden Schwert der Neoklassik = Fortsetzung der Vulgarökonomie mit mathematischen Mitteln, den von bösen Staatsinterventionisten verfolgten und von sonstigen linken Holzwürmern angenagten freien und edlen Unternehmertum zu Hilfe.

Kaum ausgeruht auf dem Lorbeer des Nobelpreises für besondere

riesigem Erfolg in Chile, ausgedrückt in phantastisch hohen Inflations- und Arbeitslosenraten - erreichte ihn im Frühjahr dieses Jahres - siehe RBK Nr. 12/77 - neuerlich ein Hilferuf, diesmal aus Israel. Der durch die Frühjahrsahlen an die Regierung gelangte konservative Likud-Block unter Führung von Menachem Begin sah sogleich seine vornehmste Aufgabe darin, dem dortigen "kollektivistischen, bürokratischen Sozialismus" (NZZ v. 6./7. Nov. 77) den Kampf anzusagen, nach dem Motto den Leuten geht's eh zu gut. Nur wußte man nicht wie, und wie schon angedeutet, Milton Friedman war zur Stelle und flugs zum wirtschaftspolitischen Berater gemacht, denn was jenen recht war, war ihm nur teuer, denn schlecht bezahlen läßt er sich nicht, der Herr Professor wie man so hört. Für sich ist er selbstverständlich auch bereit selbst eherne Gesetze der Neoklassik zu relativieren, wie jenes, wonach der Faktor Arbeit nach seinem Grenzertrag zu entlohnen sei.

Nun, dafür leistete er auch "ganze Arbeit", denn, wo er zuschlägt, da wachsen nur Arbeitslose nach. Und so kam es dann auch getreu dem Prinzip der rationalen Erwartungen unverhofft; Anfang November verkündete Menachem Begin das "neue" Wirtschaftsprogramm, in dem nach bewährter monetaristischer Regel der Staat zum wirtschaftspolitischen Störenfried erklärt wurde und deshalb so weit wie möglich aus dem Wirtschaftsleben zu eliminieren sei, nebenbei sollte auch den Gewerkschaften ordentlich auf die Finger geklopft werden, tragen sie doch eine wesentliche Schuld an der wirtschaftlichen Misere durch ihre "maßlosen" Forderungen, wobei dann für die Unternehmer nichts mehr übrig bleibe, und jene dem Hungertod ausgeliefert seien.

Und so begann ein paar Tage ^{später} die muntere Staatsdemontage. Zuerst einmal wurde dem israelischen Pfund die Stützung durch die staatlichen Währungsbehörden entzogen, wobei es dann eine rasante kurspolitische Talfahrt in den Keller antrat, um ca. 45 % abwertete, und somit am nächsten Tage nur noch die Hälfte wert war. Eine Katastrophe für ein derart stark importabhängiges Land wie Israel es ist, und so kletterten die Preise für Importgüter folgerichtig munter und fröhlich in schwindelnde Höhen, denn die Preise wurden selbstverständlich freigegeben, wie es einer "freien" Marktwirtschaft geziemt. Ein weiteres lästiges Instrument staatlicher Einmischungs- politik, die Subventionen, wurden "gestraft", was nichts anderes bedeutete, als daß die staatliche Stützung der Preise für Grundnahrungsmittel aufgehoben wurde, was eine sofortige Preissteigerung

von 25 % für jene Lebensmittel zur Folge hatte.

Wer nun glaubt, wenn schon freie Marktwirtschaft, dann müßten doch wohl auch die Löhne entsprechend den gewaltigen Preiserhöhungen gestiegen sein, der, ja der hat neoklassische Wirtschaftspolitik eben noch nicht ganz verstanden. Denn so eröffnete die israelische Regierung ihren baß erstaunten Bürgern, "daß viele Israeli den Gürtel zunächst einmal enger schnallen müßten" (NZZ vom 6./7. Nov.77), der dicke wohlgenährte Arbeiter ebenso, wie der arme ausgemergelte Unternehmer - ganz nach dem Prinzip der freien und gleichen Marktwirtschaft - denn schließlich gelte eben wieder als Zeichen der Hinwendung zu kapitalistischer Freiheit "jener Satz, wonach eben die Tüchtigsten überleben". (NZZ v. 6./7. Nov.77)

Und daß sie überleben, dafür sorgt der Rächer der unterdrückten Unternehmer, Milton Friedman, denn sonst reitet er wieder für das Kapital, wenn es wieder gilt Reallöhne zu senken und Unternehmerprofite aufzupolieren, streng wissenschaftlich und objektiv versteht sich - nur, wie lange noch ?

ARBEITSKREISE ARBEITSKREISE ARBEITSKREISE ARBEITSKREIS

Ein Arbeitskreis zum ersten Band des KAPITALS findet jeden Montag um 15 Uhr 30 statt.

Ort: 7. Bezirk, Döblergasse 2/28

Außerdem konstituiert sich im Augenblick gerade ein Arbeitskreis zu dem neuen Buch von Rudolf BAHRO: Die Alternative. Das Buch stellt eine marxistische Kritik an den sogenannten "sozialistischen Ländern (Ostblockstaaten) dar. Der Arbeitskreis trifft sich das nächste mal am Montag um 13 Uhr 30 in der Fachschaft SOWI.

Zu den Soziologie Einführungsproseminaren für den ersten Studienabschnitt hat sich eine BEGLEITGRUPPE gebildet, die sich zum ersten Mal am Dienstag um halb 8 Uhr trifft.

Ort: fachschaft SOWI

1) Studienkommissionen:

Es gibt jetzt 3 Stukos an unserer Fakultät. Studenten, die Anträge bezüglich ihres Studiums haben (zb. Anrechnung von Prüfungen, Studium irregulare, etc.), wenden sich an die Vorsitzenden, die in 1. Instanz zuständig sind. Für die Volkswirte ist das Ass. Weikel, für Soziologen Ass. Anann und für Betriebs- und Wirtschafts informatiker Prof. Bruckmann.

/steht/

2) Doz. Schulz in einem Berufungsverfahren der Uni Bielefeld an erster Stelle des Dreivorschlages - wahrscheinlich wird er auch berufen, und wir müssen daher in absehbarer Zeit auf ihn als Prüfer der ersten Diplomprüfung verzichten. Was uns leid tate!

3) In SS 78 wird Prof. Laski (Linz) als Gastprofessor eine Vorlesung über Probleme der Wirtschaftsplanung und ein Seminar (vermutlich über Kalecki) halten.

4) In SS wird es bei den Wirtschaftswissenschaften einige Lehraufträge weniger geben. Kurzfristig konnte nämlich zuwenig Ersatz für Nußbauer gefunden werden. Es wurde den Studenten in der Fakultät zugesagt, daß wir dafür in nächsten WS zwei Gastprofessoren haben können. Kommt mit Vorschlägen in die Fachschaft:

5) Tuchtfeldt:

Die Fakultät bekam vom Ministerium einen Brief mit der Aufforderung, noch einmal dezidiert festzustellen, ob sie statt Tuchtfeldt die Berufung Doz. Wincklers unterstütze. Die Ansicht der Studentenvertreter dazu war klar: Tuchtfeldt mußte auf jeden Fall abgelehnt werden. Schließlich war von studentischer Seite bereits ein halbes Jahr lang ein massiver Kampf geführt worden. Nach dem Brief des Ministeriums gab es nur die Alternative Tuchtfeldt oder Winckler. Eine andere Möglichkeit (nämlich ein neues Berufungsverfahren mit einem neuen Dreivorschlag) hätte unvertretbar lange gedauert, und sicher keinen besseren Kandidaten als Winckler gebracht. Außerdem hätte der Antrag niemals die Zustimmung der Mehrheit im Fakultätskollegium bekommen, hätte uns also letzten Endes gar nichts genutzt. Es kam also, wie immer in den Grenzen, darauf an, eine Antwort zu finden, die von der Mehrheit das Sanctus bekommen konnte, mit einem Wort, zu packeln. Das fiel uns auch leicht, denn sowohl der Genosse Streißler, als auch der Genosse Ostleitner versicherte uns, daß Tuchtfeldt sowieso nicht mehr kommen werde, es also nur um die formelle Absicherung der SPÖ gehe. In dieser Überzeugung stimmten wir für eine vieldeutige „unkomplizierte“ Antwort. Genau eine Woche später sagt derselbe Ost-

leitner: „ Jetzt müssen wir schon sehr viel Glück haben, damit der Tuchtfeldt wirklich nicht kommt.“

Angesichts des Faktums, daß solche eklatanten Fehleinschätzungen möglich sind, also auch für Insider das Verhalten der obersten Institutionen in unseren Staat nicht abschätzbar ist, müssen wir den Schluß ziehen, daß wir uns auch in aller Zukunft nicht auf solche Informationen verlassen können. Auch nicht, wie wir es bisher oft taten, auf den Einfluß einzelner Karrieristen auf einzelne Ministerien. Ein Clubsekretär mag eine wichtige Position haben, aber es gibt noch viele andere: Staatssekretäre, Abgeordnete, Generäle auch und vielleicht auch einen alten Dekan. Intrigen kompensieren sich meist gegenseitig. Das wissen wir schon lange. Daß aber vernünftige Argumente auch nichts nützen, keinen Einfluß haben auf die Politik in Staate Österreich, tut uns sehr, sehr leid. Wir haben lange genug gegen Tuchtfeldt argumentiert. Vielleicht überzeugt Frau Firnberg das Argument, daß Tuchtfeldt ^{sich} in Wien nie wohl fühlen würde!? Er würde sich nämlich nicht nur tagtäglich blamieren, sondern auch auf Empörung und Widerstand stoßen!! Es mag scheinen, daß die Studenten nicht sehr bereitwillig sind, revolutionäre Politik zu betreiben, aber sie rühren sich 100prozentig sofort, wenn man ihnen das Studieren mies machen will. Man kann ihr vielleicht auch erklären, daß Winckler seine Rolle als Wissenschaftler in Kapitalismus, als Anleiter und Legitimationsideologe für den Staat wesentlich besser erfüllt, als Tuchtfeldt. Aber wir argumentieren ja nicht, um ihr zu sagen, wie sie am besten die Interessen des Staates wahrt.

Unser Interesse ist, hier an der Universität die Möglichkeit zu bekommen, Wissenschaft zu betreiben, also die Wirklichkeit zu erkennen.

oo
+++++

Die zeit der F R A U E N Z I M M E R ist angebrochen!

Es gibt nämlich jetzt in Wien das F r a u e n z i m m e r

Ein Buchcafe für Frauen

in der Langegasse 11, 1080 WIEN Tel. 43 86 685

Buchhandlung:
MO-Fr 10-18 Uhr
Sa 10-13 Uhr

Cafe:
MI - SA 12-23 Uhr
SO 17-23 Uhr

Es ist soweit!

Es ist soweit, nicht etwa, wie viele jetzt glauben, ein bisschen zurückzustecken und mit den Meinungsäußerungen etwas vorsichtig zu sein; vielmehr muß man sich endlich zur Frage des individuellen Terrors äußern und versuchen zu zeigen, daß er ein notwendiges Produkt der bürgerlichen Gesellschaft im Spätkapitalismus ist.

Auch müssen wir uns endlich gegen die Repressionen wehren, die wir längst hätten voraussagen können. Wir können uns jetzt nicht in die Defensive drängen lassen, weil jeder Schritt in die Defensive die Gegenseite - die Reaktion - ermutigt. Auch die politische Haltung der "Verweigerung" - auch der, der offensiven Stellungnahme, nicht nur die Verweigerung der Meinungsäußerung - diese Haltung unterstützt nur einerseits die Ablegung der "Berührungsfurcht" (jener psychologische Schutzwall, der das Individuum vor der ungehemmten Aggression anderer schützt) der immer militanteren Staatsgewalt, die sich gegen gesellschaftskritische Tendenzen wendet. Andererseits fördert die "Verweigerung" die Verzweiflung jener Personen, die ohnehin längst der Auffassung sind, daß "in diesem Staat nichts mehr zu machen sei".

Die Nicht-Stellungnahme zum Problem des individuellen Terrors und seiner notwendigen Folge: der innenpolitischen Repression, fördert so einerseits die Liquidation der Linken als legale Kraft und andererseits - als Folge darauf - das Verschwinden rationaler Ziele für einige, kleine, psychisch anfällige Gruppen. Diese Gruppen reagieren dann darauf mit einer Mythologisierung ihrer Ziele und "materialisieren sich nur mehr im Kampf." (Zitat Ulrike Meinhof), d.h. der einzige Ausweg den diese Leute noch sehen, ist der Selbstmord und der Versuch vor diesem Selbstmord noch möglichst viele "Feinde," oder was sie dafür halten, zu töten. Darum ist es wichtig jetzt mit den Leuten, die noch nicht durchgedreht haben, zu diskutieren, darum ist es noch viel wichtiger jetzt Gegenöffentlichkeit herzustellen und den infamen Verleumdungskampagnen in den Massenmedien, (die selbst einen großen Teil der Schuld am Terrorphänomen tragen) entgegenzutreten.

Versuchen wir also zu erklären, woher die "Stadtguerilla" kommen: Die Strategie, als Schwacher - also als Guerillero - den Starken - also den herrschenden Staatsapparat - besiegen zu können, ist bereits seit etwa hundert Jahren Bestandteil der Revolutionstheorie.

Diese Vereinigung - die der Kleinkriegsstrategie und des Revolutionsgedanken - bewährte sich auch sehr gut: Zuerst in der russischen Revolution (wo die revolutionäre Bewegung allerdings kaum auf militärischen Widerstand stieß), dann in China und schließlich in Cuba. Mit Cuba begann aber auch schon die Wideraneignung des Gewaltmonopols durch die bürgerliche Klasse. Hatten die USA bis Ende der 50iger Jahre noch die Doktrin des massiven nuklearen Gegenschlages (massiv retaliation) im Falle einer Aggression aus dem Osten, und des Einkreisens (containment) der neuen, auf einem anderen System aufgebauten Staaten, vertreten, schwenkten sie, nach dem Sputnik-Schock von 1957 und der Machtübernahme Fidel Castros Anfang der 60iger Jahre auf eine neue Doktrin ein. Diese sah vor, auf verschieden starke Aggressionen entsprechend abgestuft zu reagieren (flexible response). Die Strategie der flexiblen Racheakte mußte aber auch eine qualitative Änderung der statischen Doktrin der Einkreisung bedingen, da jetzt durch die ernstgenommene Kraft von außen und die besonders starke Betroffenheit der USA durch die Cuba-Krise eine innere Verunsicherung entstand, der man mit einer rein nach außen offensiven Strategie nicht mehr begegnen konnte. Daher trat neben die Doktrin der flexible response ihre notwendige Ergänzung, die innenpolitische Strategie der "Counter in surgency", der präventiven Konterrevolution. Verbunden damit war eine qualitative Änderung der Strategie der Guerilla. Das politische Element, das der solidarischen Unterstützung des ganzen Volkes, das bei Mao-Tse-tung noch als das allerwichtigste betrachtet wird - trat gegenüber dem militärischen Element - und hier in immer stärkerem Maße dem individuellen Terror - zurück. Politik betreibt man nun noch durch die "Propaganda der Tat" (Carlos Marigella). Man sieht also: Militärische Aktion löst die Politik ab, Individualisierung die Solidarität. Die Revolutionsstrategie war in die Bürgerlichkeit zurückgekehrt. Doch nun zur Entwicklung in Mitteleuropa:

Die guten Vorsätze die insbesondere Deutschland nach dem 2. Weltkrieg waren schon ziemlich durchlöchert. Die BRD hatte wieder voll aufgerüstet, war NATO-Mitglied, hatte die DKP verboten, sogar das Grundgesetz (das im Gegensatz zur Österr. Verfassung unabänderbar ist) war durch die Diskussion über die Notstandsgesetzgebung angezweifelt worden. 25% der Personen in einflussreichen Positionen der BRD waren ehemalige Stützen der Nazi - so sah es Anfang der 60iger Jahre in der BRD aus. Mitte der 60iger Jahre tobte in Vietnam bereits ein Krieg, der später die

Ausmaße eines Völkermordes annehmen sollte, und der der Weltöffentlichkeit Angst und Schrecken einjagte, da eine der Konfliktparteien jeden Augenblick mit Nuklearwaffen zuschlagen konnte (USA). In Deutschland materialisierten sich die Widersprüche in der Studentenbewegung 1967/68. In Paris kam es zur Revolte des Mai 1968. Hier setzte die Maschinerie des counter insurgency ein. Das ist die Gelegenheit, auf die die Reaktion in Europa nur gewartet hat. Was nun einsetzte war die systematische Kriminalisierungskampagne, bestehend aus gezielter Verhetzung der vorerst nur verbal Kritisierenden durch Massenmedien. Geradezu groteske Gewaltanwendung der immer militanteren Polizeitruppen, überhöhte Strafen für alle Vergehen, denen der Geruch des politischen anhaftete, aktivere Beteiligung in der Nato bis hin zur finanziellen und infrastrukturellen Unterstützung der USA im Vietnamkrieg, taten ein übriges. Angst von außen, Angst im inneren; diese Vereedung in der Angst führt schließlich zur Zerstörung der konstruktiven Kritik der Studentenbewegung. Einer ihrer Splitter wird zum Konstrukt der 2. Phase der präventiven Konterrevolution: jene Wurzelscheiter, die nun den einzigen Ausweg im bewaffneten Kampf, im Kamikaze-Selbstmord sehen. Sie geben der Reaktion die Legitimation für die "Endlösung".

Alles was in Deutschland jetzt nach Systemkritik aussieht oder auch nur danach riecht, wird politisch unterdrückt. Leute, die versuchen zu erklären, wie es zum Terror kam, werden isoliert, wie Peter Brückner (Psychologieprofessor, der sich weigert einen Treueid auf das derzeit herrschende System, in dem der verfassungsmäßige Ausnahmezustand zur Regel geworden ist, zu leisten und daher suspendiert wurde)

CDU-Chef Kohl fordert - in schöner Übereinstimmung mit DDR-Chef Konnecker - die Unter-Strafestellung der Staatsverleumdung.

Über 63 Häftlinge wurde die Kontaktsperre (Isolationshaft) verhängt. Bücher, werden beschlagnahmt, gegen 43 Professoren und 4 Anwälte erstattete das Bundesjustizministerium im Zuge der Hetze gegen die Wiederveröffentlichung des Buback-Nachrufs (ein Schriftstück das sich eindeutig gegen den Terrorismus ausspricht). Anzeige wegen "Beleidigung von Mitgliedern der Bundesanwaltschaft", die CDU stellt im Bundestag den Antrag, den Art. 18 des Grundgesetzes, der vorsieht unter Umständen bestimmten Personen bestimmte Grundrechte zu entziehen, gezielt einzusetzen. Der von F. J. Strauß herausgegebene Bayern-Kurier fordert die Änderung des Grundgesetzes. Willy Brandt wird heftigst attackiert (Bayernkurier), weil er vor einer Beschneidung des Rechtsstaats warnt. Das Gesetz über die Sicherungsverwahrung (bei Verdacht auf

Wiederbetätigung können Häftlinge für immer inhaftiert werden) droht.
In Niedersachsen wurden alle "K-Gruppen" verboten.

Mehrfach werden ASTAs aufgelöst (entspricht in Österreich der ÖH)
An den Universitäten werden Disziplinarrecht und Regelstudienzeiten
eingeführt. Die internationale Juristenkommission in Genf, eine Autorität
auf ihrem Sektor rügt die Bundesregierung wegen der Eingriffe in das
Verfahrensrecht, die die Menschenrechte verletzen. Im Zuge dieser
Verschärfung der Situation löst sich die zweite und dritte Generation
der RAF vollkommen von jeder politischen Theorie und vertritt eine
Mythologie der Gewalt in der sich Gewalt tendenziell gegen jeden richtet,
der nicht mehr aktiv die RAF vertritt (Holger Meins: "Entweder Mensch oder
Schwein, entweder Kampf bis zum Tod oder Überleben um jeden Preis -
dazwischen gibt es nichts!" - andererseits verlangt der niedersächsische
Minister Pestel von 13 Professoren aktiv für den derzeit bestehenden Staat
einzutreten oder sich suspendieren zu lassen - dazwischen gibt es
nichts!). Nun zur Situation in Österreich:

In Österreich sind sicher weder die außenpolitischen Voraussetzungen ge-
geben, die das Terrorphänomen in der BRD provozierten; es fehlte auch
bisher an einem so starken Konflikt zwischen der Staatsgewalt und einer
starken Studentenbewegung (die hat es bis jetzt in Österreich noch nicht
gegeben). Doch auch in der UNI Wien tagt - so lächerlich das klingt -
ein "Krisenstab". Es scharfes Ordnungsrecht ist im Gespräch. Die bisher
durch Studenten-Boykott stillgelegte Disziplinarkommission soll unter die
direkte Kontrolle des Ministeriums kommen und so jede Überschreitung des
Ordnungsrechts mit Strafen bis zur Zwangsexmatrikulation belegen können.

Alles sicher noch kein Grund zur Panik, aber ein sehr deutliches Zeichen,
daß wir beginnen müssen uns jetzt und solidarisch zur Wehr zu setzen:

Prof. Dr. W. Weber

30. Nov. 1977

"Der Rote Börsenkrach" schrieb in Nr. 4 von 1977/78 auf S.5/6 "Herr Weber schließlich hat sich erst vor kurzem schriftlich vor Tuchtfeldt gestellt (Arbeit und Wirtschaft 9/77) - hier ist also alles klar." Dieses Mißverständnis verwechselt: sich vor Tuchtfeldt stellen, mit: sich hinter alle diesbezüglichen Fakultätsbeschlüsse stellen (noch dazu als Dekan!). Dazu gehört selbstverständlich auch alles, was auf meine Initiative hin zugunsten der Nachnominierung von Kollegen Winkler geschehen ist - freilich nicht auf Kosten allgemeiner Verunglimpfung von Kollegen Tuchtfeldt, wo es doch genügen würde, seine besondere Nichteignung für unsere Universität zu belegen. Das ist klar, sonst nichts - außer meiner Verwahrung gegen in Ausw. enthaltene Vorwürfe impliziter Sabotage der jetzigen österreichischen Wirtschaftspolitik! (Wenn ich Herrn Tuchtfeldt als vom BMfWuF in Verhandlungen Gezogenen ihn betreffende Artikel zu sende, so als Dekan bzw. Institutsvorstand: mithin nicht auf meine Portokosten. "Spenden" könnte ich ohnehin nicht leisten, wenn es stimmt, daß ich "häufig den Eindruck finanzieller Beengtheit erweckt soll" - "Der Rote Börsenkrach" in Nr. 5 von 1977/78 auf S. 1.)

gez. Wilhelm Weber

Ergänzung zu "Der Rote Börsenkrach", Nr. 6 von 1977/78:

1. Ich habe Herrn Kollegen Tuchtfeldt zu gar nichts "bewogen" (wohl aber als Dekan um Beschleunigung ersucht) - weder als "gestandener Konservativer" (S.3) noch als gefullener!
2. Ich weiß von keinem, sich um mich drehenden "Gerücht" irgend-eines geheimen Sympathisantentums: weder für noch gegen etwas; offen gesagt, habe ich von den ganzen Unterstellungen genug!

gez. Wilhelm Weber

Eigentümer, Verleger, Herausgeber, Vervielfältiger und für der Inhalt verantwortlich, Kurt Langbein, Weigandhof 5, 1100 Wien